



Bedeutung und Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements

Im Rahmen unserer Reihe soll in loser Folge die Förderung bürgerschaftlichen Engagements in den Bundesländern vorgestellt werden. Den Auftakt bildet ein Beitrag von **Armin Laschet**. Er war von 2005 bis 2010 Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration in Nordrhein-Westfalen. Der Beitrag ist auch eine Bilanz von 5 Jahren schwarz-gelber Engagementpolitik für Nordrhein-Westfalen.

Das Land Nordrhein-Westfalen schafft Rahmenbedingungen, die das Engagement fördern: Seit 2004 schließen Landesversicherungen Lücken im Versicherungsschutz Ehrenamtlicher in den Bereichen Unfall- und Haftpflichtschutz. Mit dem Engagementnachweis "Füreinander – Miteinander. Engagiert im sozialen Ehrenamt" wird bürgerschaftliches Engagement gewürdigt und anerkannt. Mit dem Internetportal www.engagiert-in-nrw.de existiert ein Serviceangebot mit einer Vielzahl von Informationen über Projekte, Vereine, Verbände, Initiativen und Unternehmen. Alle Bürgerinnen und Bürger, aber auch Unternehmen, die sich engagieren oder in Zukunft engagieren möchten, finden hier wichtige Hinweise und Arbeitshilfen.

Juli 2010



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

Herausgegeben von

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Hauptabteilung Politik und Beratung
Team Innenpolitik
10907 Berlin

Wolfgang Hilberer

Tel. +49 30 26996-3507
Fax +49 30 26996-3551
wolfgang.hilberer@kas.de
<http://aktive-buerger.kas.de>

Bedeutung und Perspektiven des Bürgerschaftlichen Engagements

Armin Laschet

Es lässt sich kaum übersehen: Das Thema Bürgerengagement findet derzeit in Politik, Medien und in der öffentlichen Diskussion wachsende Aufmerksamkeit. Das ist kein Zufall. Vielmehr trifft das Thema einen Nerv, weil es sehr eng verbunden ist mit den großen Fragen, die uns herausfordern und beschäftigen: Was hält unsere Gesellschaft zusammen? Wie können und sollen sich Einzelne in die Gesellschaft einbringen? Staat, Wirtschaft, Bürgerinnen und Bürger – wer muss und wer sollte in der Gesellschaft was leisten?

Rund 23 Millionen Menschen in Deutschland engagieren sich freiwillig. Allein in Nordrhein-Westfalen sind rund sechs Millionen Menschen ehrenamtlich aktiv – das ist mehr als ein Drittel der Bevölkerung. Sie sind in Verbänden, Vereinen und Stiftungen, in Initiativen und Projekten tätig und engagieren sich in höchst unterschiedlichen Handlungsfeldern: für soziale Belange, für Sport und Gesundheit, in der Politik, im Bereich von Umwelt und Naturschutz, aber auch bei Rettungsdiensten oder im Katastrophenschutz.

WARUM BRAUCHT FREIWILLIGES ENGAGEMENT STAATLICHE FÖRDERUNG?

Freiwilliges Engagement – das macht bereits der Begriff deutlich – entsteht ohne staatliches Zutun: Weil es Menschen gibt, die sich für die eigenen Belange und die anderer stark machen. Engagement lässt sich nicht verordnen. Es ist der freiwillige Beitrag jeder und jedes Einzelnen für die Gemeinschaft.



Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte – seit dem Internationalen Jahr der Freiwilligen (2001) und dem Bericht der Enquetekommission des Deutschen Bundestages zur „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (2002) – hat aber deutlich gemacht: Staat und Politik können einen wesentlichen Beitrag zur Entfaltung und Förderung einer Kultur des freiwilligen Engagements leisten. Etwa, indem sie die Rahmenbedingungen für das Engagement verbessern, die Entwicklung einer engagementfördernden Infrastruktur vorantreiben, die Anerkennung und Wertschätzung des Ehrenamts fördern, neue Zugangswege zum Engagement eröffnen oder den Informationsaustausch und die Vernetzung der Akteure im Bereich des Engagements unterstützen.

In Nordrhein-Westfalen hat sich die Landesregierung die Förderung des freiwilligen, ehrenamtlichen Engagements ausdrücklich zur Aufgabe gemacht. Engagementförderung ist eine Querschnittsaufgabe, die im Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration federführend für die gesamte Landesregierung entwickelt und koordiniert wird. Und sie ist nicht etwa ein Thema, das wir neben vielen anderen *auch* bearbeiten, sondern eines von wesentlicher Bedeutung für die Zukunft des Landes. Dafür gibt es gute Argumente.

Bürgerschaftliches Engagement schafft Lebensqualität

Das gilt zum einen für diejenigen, denen das freiwillige Engagement zugute kommt: den Kindern, für die die Mitarbeiter eines Unternehmens einen Spielplatz schaffen oder in Ordnung bringen, den Jugendlichen, die ein Pate durch ihre Ausbildung begleitet, aber auch den Menschen, die die Freiwillige Feuerwehr am Ort schützt.

Es gilt aber auch für diejenigen, die sich engagieren. Denn sie machen fast immer die Erfahrung, dass ihr Engagement für andere mit einem persönlichen Gewinn verbunden ist. Freiwilliges Engagement fördert den Kontakt mit anderen, oft auch mit Menschen, die man sonst nie kennengelernt hätte. Engagement schenkt neue Erfahrungen und öffnet



neue Horizonte jenseits der eigenen Familie und des eigenen beruflichen Umfeldes.

Bürgerschaftliches Engagement stiftet sozialen Zusammenhalt

Dies ist ein kaum zu unterschätzender Faktor in einer Gesellschaft, die zunehmend vielfältiger wird – was die Herkünfte der Menschen angeht, aber auch ihre Orientierungen und Lebensstile.

Freiwilliges Engagement bedeutet Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung. Es kann im besten Fall Verbundenheit auch über die Grenzen sozialer Milieus hinweg schaffen und steht für Zugehörigkeit und für eine Verständigung über gemeinsame Normen und Werte. Freiwilliges, ehrenamtliches Engagement ermöglicht darüber hinaus oft auch ein generationenübergreifendes Miteinander, das nicht mehr selbstverständlicher Alltag ist. Etwa, wenn junge Menschen sich für die Bewohner einer Senioreneinrichtung engagieren, oder sogenannte Leih-Großeltern junge Familien unterstützen.

Bürgerschaftliches Engagement fördert Kompetenz

Viele Engagementprojekte haben ausdrücklich Kompetenzentwicklung und Kompetenzzugewinne zum Ziel. Beispielhaft möchte ich hier nur nennen: Initiativen zur Leseförderung, Ausbildungspatenschaften, Projekte, in denen junge Menschen Älteren die Nutzung neuer Kommunikationstechnologien vermitteln, aber auch viele ehrenamtlich betreute Angebote in den Bereichen Sport und Gesundheit oder in der Selbsthilfe.

Freiwilliges Engagement hat aber darüber hinaus eigentlich immer auch eine Bildungs- bzw. Lerndimension. Denn wer sich engagiert, erwirbt oder erhält nicht nur Schlüsselkompetenzen, sondern oft auch besondere fachliche Fähigkeiten. Für manche Engagements gilt sogar, dass sie erst nach einer entsprechenden Qualifizierung ausgeübt werden können – zum Beispiel im Hospizdienst oder in der Telefonseelsorge, aber auch im Sport oder in der Jugendarbeit.



Für junge Menschen und für Berufsrückkehrerinnen oder -rückkehrer können die im Ehrenamt erworbenen Kompetenzen eine Brücke in die Erwerbsarbeit bedeuten. Und für andere, gerade die Älteren, sind Anforderungen und Kompetenzgewinne im Ehrenamt oft Anreiz und Motivation, sich nachhaltig zu engagieren.

Bürgerschaftliches Engagement schafft soziales Kapital

Soziales Kapital: Das sind all die Ressourcen, die mit der Teilhabe an einem Netzwerk sozialer Beziehungen verbunden sind – Vertrauen, Anerkennung, Unterstützung, Wissen, Verbindungen. Bürgerschaftliches Engagement trägt wesentlich dazu bei, soziales Kapital zu entwickeln: Es erzeugt Energien und Leistungen, die sich schwer in Geldwerten messen lassen, aber dennoch von großer Bedeutung für Wohlstand, Wohlfahrt und Attraktivität einer Kommune, einer Region oder eines Landes sind.

Dabei gilt aber auch: Der Beitrag, den Menschen freiwillig zu geben bereit sind, darf nicht allein aus finanzpolitischem Kalkül eingefordert werden. Und das heißt auch: Engagementförderung darf kein Vorwand für einen Rückzug des Staates aus seiner Verantwortung für eine grundlegende soziale Daseinsfürsorge sein.

Vielmehr geht es um eine neue Rolle des Staates und auch um neue Verantwortungspartnerschaften zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft. Bürgerschaftliches Engagement kann dazu beitragen, den Sozialstaat nachhaltig zu sichern, indem es ihn auf ein breiteres Fundament stellt und eine vorsorgende oder begleitende Rolle übernimmt.

Bürgerschaftliches Engagement sichert Zukunftsfähigkeit

Warnfried Dettling, einer der aktiven Verfechter der Idee einer Bürgergesellschaft in Deutschland, hat es so auf den Punkt gebracht: *„Keines der großen Themen, mit denen sich Politik derzeit herumschlägt, kann mit Aussicht auf Erfolg angegangen werden, wenn es nicht gelingt, das soziale Kapital der Gesellschaft zu mobilisieren.“*



Ähnlich sieht es auch die von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers berufene Zukunftskommission. In ihrem Ende Mai diesen Jahres veröffentlichten Abschlussbericht betont die Gruppe von Expertinnen und Experten um den leider inzwischen verstorbenen Lord Dahrendorf ausdrücklich die zentrale Bedeutung einer lebendigen Bürgergesellschaft, die Innovation und Solidarität gleichermaßen ermöglicht.

Sie empfiehlt daher auch der Landesregierung, das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern nachhaltig zu fördern, weil es eine wesentliche Ressource für die Zukunft des Landes sei – nicht weniger wichtig als technische Innovation, als wirtschaftliches Wachstum oder eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur.

Bürgerschaftliches Engagement bedeutet politische Teilhabe

Beim Engagement geht es aber nicht nur um das gegenseitige Helfen. Auch unsere Demokratie lebt davon, dass Bürgerinnen und Bürger sich einmischen und engagieren.

Bei vielen Menschen ist der Eindruck entstanden, dass Staat und Politik angesichts vieler gesellschaftlicher Veränderungen nur noch wenig bewirken können. Ich glaube nicht, dass dies richtig ist. Gerade in den Zeiten der weltweiten Finanzkrise zeigte sich, dass die regulierende und schützende Rolle des Staates zentral war und bleibt: etwa, wenn es darum geht, den Regeln der Sozialen Marktwirtschaft auch auf globaler Ebene Geltung zu verschaffen.

Doch die Skepsis der Bevölkerung ist alarmierend. Und es wäre dramatisch, wenn die Menschen den Schluss ziehen würden, in der Demokratie "ja doch nichts bewegen zu können". Wenn sie sich passiv verhielten, statt sich aktiv einzubringen.

Bürgerschaftliches Engagement kann dazu beitragen, auch eine neue Kultur der Beteiligung zu etablieren. Wer sich engagiert, will auch mitbestimmen.



ENGAGEMENTFÖRDERUNG IN NORDRHEIN-WESTFALEN: AUSGEWÄHLTE HANDLUNGSFELDER

Kommunen als Kristallisationspunkte des Engagements

Ob es um ein klassisches politisches Ehrenamt (etwa im Stadt- oder Gemeinderat) geht, um die Mitgliedschaft in einem Verein oder Aktivitäten in einer Initiative oder Selbsthilfegruppe: Bürgerschaftliches Engagement findet in der Regel vor Ort, im kommunalen Kontext statt.

Für Städte, Kreise und Gemeinden ist das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern wesentlich, denn ohne diesen freiwilligen Einsatz würden viele Einrichtungen, Angebote und Hilfeleistungen vor Ort nicht funktionieren. Das gilt nicht nur für den sozialen Bereich, sondern auch für Sport, Bildung, Kultur, für die Freiwillige Feuerwehr oder die Rettungsdienste.

Um das freiwillige, ehrenamtliche Engagement vor Ort zu stärken und ein zeitlich besonders intensives Engagement anzuerkennen, haben wir in Nordrhein-Westfalen in Zusammenarbeit mit Städten, Kreisen und Gemeinden des Landes das Projekt einer landesweiten Ehrenamtskarte gestartet. Wir sind dabei dem guten Beispiel des Landes Hessen gefolgt.

Inhaberinnen und Inhaber der Ehrenamtskarte können landesweit und in allen am Projekt teilnehmenden Kommunen Vergünstigungen in Anspruch nehmen und erfahren auch so Wertschätzung für ihr Engagement. Die Vergünstigungen umfassen Nachlässe bei der Nutzung kommunaler Einrichtungen (Schwimmbad, Bibliothek, Volkshochschule etc.), Rabatte im Einzelhandel oder bei Dienstleistern ebenso wie den ermäßigten Zugang zu einer Fülle von Kultureinrichtungen im Land.

Begonnen haben wir das Projekt der landesweiten Ehrenamtskarte mit einer kleinen Gruppe so genannter Pilotkommunen. Mittlerweile haben sich zwei komplette Landkreise und 15 Einzelkommunen dem Projekt angeschlossen. Bis zum Ende des Jahres werden noch gut ein Dutzend weiterer Städte und Gemeinden folgen. In absehbarer Zeit wird es die



Ehrenamtskarte dann hoffentlich flächendeckend im gesamten Land geben.

Das Projekt Ehrenamtskarte hat zugleich eine fruchtbare Diskussion über die Engagementförderung in kommunalen Kontexten ausgelöst. Im Rahmen eines Projekts sollen nun geeignete Möglichkeiten einer gezielten Unterstützung und Begleitung vor allem weniger erfahrener Städte, Kreise und Gemeinden bei Engagementförderung und Engagementangeboten entwickelt werden. Zugleich geht es darum, den interkommunalen Austausch zum Thema zu stärken.

Frühe Förderung des Engagements

Wenn es unser Ziel ist, dass möglichst viele Menschen engagiert durchs Leben gehen und in ganz unterschiedlichen Lebensphasen gesellschaftlich aktiv sind und bleiben, kommt es entscheidend darauf an, dass sie bereits in jungen Jahren einen Zugang zu gesellschaftlichem Engagement finden.

Denn Forschungen zeigen: Der größte Teil der Menschen, die sich heute gesellschaftlich engagieren, haben dies schon in ihrer Kindheit und Jugend getan (Studie des Deutschen Kinderhilfswerks, 2007). Das bedeutet aber auch umgekehrt: Wer schon in jungen Jahren positive Erfahrungen mit Engagement und aktiver Beteiligung gesammelt hat, wird sich mit großer Wahrscheinlichkeit auch in seinem späteren Leben für gesellschaftliche Anliegen stark machen.

Wie wir wissen, hängt Engagement jedoch deutlich von der Herkunft und vom Bildungsstatus ab. Und ein allemal beunruhigender Befund des Freiwilligensurveys ist, dass die Engagementbeteiligung von Kindern und Jugendlichen aus eher bildungsfernen Familien zwischen 1999 und 2004 deutlich (um 13 Prozent) abgenommen hat.

Dies ist für Nordrhein-Westfalen ein wesentliches Motiv, sich am Projekt „jungbewegt“ der Bertelsmann-Stiftung zu beteiligen. Das Projekt zielt darauf, jungen Menschen – unabhängig von Herkunft und Bildungsstand – früh Zugänge zu bürgerschaftlichem Engagement zu vermitteln. Es will



ihnen damit zugleich die Erfahrung ermöglichen, durch die Übernahme von Verantwortung auch neue Mitsprache- und Mitgestaltungsmöglichkeiten für sich zu entdecken.

Alter schafft Neues

Der Anteil älterer und sehr alter Menschen an der Bevölkerung wächst, auch in Nordrhein-Westfalen – und hier in einigen Regionen, wie etwa dem Ruhrgebiet, besonders rasch. Die Lebenserwartung nimmt weiter zu, wir werden mehr und mehr zu einer „Gesellschaft des langen Lebens“. Das bedeutet Herausforderung und Chance zugleich.

Die Chancen liegen darin, dass immer mehr Menschen im Alter aktiv bleiben, über wertvolle Berufs- und Lebenserfahrung verfügen und sich gesellschaftlich engagieren wollen. So sind gerade die Engagementquoten Älterer im Zeitraum des letzten Freiwilligensurveys (1999 bis 2004) besonders deutlich angestiegen: in der Altersgruppe 60plus bundesweit von 26 auf 30 Prozent. Nordrhein-Westfalen schneidet dabei in der Altersgruppe 65 plus besonders gut ab (28 Prozent Beteiligung gegenüber 26 Prozent im Bundesdurchschnitt). Darin spiegelt sich, dass die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements ein fester und wichtiger Bestandteil der Seniorenpolitik in Nordrhein-Westfalen ist.

Zentraler Baustein ist dabei die Qualifizierungsoffensive für Ältere, die wir 2006 gestartet haben. Sie schließt an das Modellprogramm „Erfahrungswissen für Initiativen“ des Bundes (2002 bis 2007) an. Zentrale Aufgabe des Programms ist es, so genannte Senior-Trainerinnen und Trainer auszubilden, die dann wiederum vor Ort, in ihrer Kommune, Ältere beraten und Projekte im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements entwickeln. Derzeit nehmen 15 Kommunen an diesem Projekt teil.

Darüber hinaus gehört Nordrhein-Westfalen zu den Initiatoren und Unterzeichnern des Memorandums „Mitgestalten und Mitentscheiden – Ältere Menschen in Kommunen“. Es ist Grundlage des von Bund und Land



geförderten Programms „Aktiv im Alter“, das die Teilhabe älterer Menschen unterstützen und neue Beteiligungsformen erproben soll. Lokale Bürgerforen, aktivierende Befragungen oder Thementage sollen älteren Menschen die Möglichkeit geben, ihre Wünsche und Interessen deutlich zu machen und mit Politik, Verwaltung und anderen Schlüsselpersonen in der Kommune zu diskutieren. Angestrebt wird mit dem Projekt die Entwicklung neuer Initiativen und Sichtweisen vor Ort, aber auch Austausch und Vernetzung der über 40 beteiligten Kommunen untereinander.

Generationenübergreifendes Engagement

Der Zusammenhalt der Generationen ist für eine Gesellschaft im demografischen Wandel eine der zentralen Herausforderungen. Das gilt besonders angesichts der großen Veränderungen im Generationengefüge.

Dass sich Junge und Alte begegnen, austauschen und verstehen, ist immer weniger selbstverständlich. Dies hängt auch mit der Veränderung der Lebensformen zusammen: Weniger Menschen leben eingebunden in eine Familie, und eine zunehmende Zahl hat keine eigenen Kinder und Enkel (2020 wird dies für rund ein Drittel der Bevölkerung gelten). Wir müssen daher auch Begegnungen der Generationen fördern, die außerhalb der Familie geschehen, wenn wir wollen, dass Bindungen zwischen Alt und Jung entstehen.

Und wie wir aus einem eigens in Auftrag gegebenen "Generationensurvey" (Infratest dimap, 2007) wissen, wünschen sich sehr viele Menschen – zwei Drittel der Befragten – solche Begegnungen, weil sie sich davon mehr Lebensqualität versprechen. Mit einem viel beachteten „Generationen-Gipfel“, einer „Generationen-Reise“, dem Wettbewerb „Projekte für Generationen“ und einer Serie von Werkstätten zum Erfahrungsaustausch haben wir Anstöße für Kommunen und gemeinnützige Akteure gegeben. Und wir haben gestaunt über die Vielfalt der generationenübergreifenden Engagementprojekte, die es im Land bereits gibt und die sich hoffentlich noch vervielfältigen werden. Auch dies hat uns bewogen, als Land das



Bundesmodellprogramm „Freiwilligendienst aller Generationen“ aktiv zu begleiten.

Engagement in der Einwanderungsgesellschaft

Rund vier Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen haben eine Zuwanderungsgeschichte. Mehr als ein Fünftel der Bevölkerung sind entweder im Ausland geboren oder Kinder von Zugewanderten. In den klassischen Bereichen freiwilligen, ehrenamtlichen Engagements – im Rettungswesen und in der Freiwilligen Feuerwehr, in den Wohlfahrtsverbänden, aber auch im Jugend-, Kultur- oder Umweltbereich – sind Menschen mit Zuwanderungsgeschichte jedoch nach wie vor deutlich unterrepräsentiert.

Da hingegen, wo Zugewanderte ihre eigene Kultur sozialer Verpflichtungen und damit auch ihre eigenen Engagementstrukturen mitgebracht haben und pflegen, da wo sie sich bevorzugt innerhalb ihrer eigenen ethnischen Gemeinschaften engagieren, werden oft Vorbehalte laut. Ob es sich da nicht um eine ethnische Abschottung oder die Etablierung problematischer Parallelgesellschaften handele?

Wenn wir aber bürgerschaftliches Engagement – wie es im nationalen Integrationsplan ausdrücklich formuliert wurde – als Weg zu gesellschaftlicher Teilhabe und Integration verstehen, müssen wir Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ausdrücklich ansprechen und stärken, müssen ihr Engagement ermutigen und unterstützen und es nicht per se unter Verdacht stellen. Die Erfahrung einer wirksamen Teilhabe am Gemeinwesen machen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte nur dann, wenn sie sehen, dass ihr Engagement in den eigenen Organisationen ebenso gewünscht und anerkannt wird wie in den Organisationen der Mehrheitsgesellschaft. Wieso sollte ein Teenachmittag für ältere Muslime in der Moschee Parallelgesellschaft sein, während der Kaffee-Nachmittag in einer katholischen Pfarrgemeinde als ehrenamtliches Engagement gilt?



Es geht also um beides: Darum, die Selbstorganisationen der Zugewanderten im Prozess der Professionalisierung zu begleiten und ihr gesellschaftliches Engagement zu fördern. Dies tut die Landesregierung bereits seit geraumen Jahren. Aber es geht auch darum, die interkulturelle Öffnung von Verbänden, Vereinen und Initiativen weiter voran zu treiben. Dies ist unter anderem auch der Auftrag der neu ausgerichteten Integrationsagenturen für die Belange von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Sie haben in Nordrhein-Westfalen ganz explizit die Aufgabe übernommen, bürgerschaftliches Engagement im Integrationsbereich weiter auszubauen und zu qualifizieren.

Auch die Mehrheitsgesellschaft gewinnt durch das gemeinsame Engagement von Einheimischen und Zugewanderten. So wird es möglich, besser mit Vielfalt umzugehen, können gesellschaftliche Veränderungsprozesse konstruktiver und aktiver bewältigt werden, werden gemeinsam Potenziale mobilisiert.

Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen

Wirtschaftsunternehmen sind Teil der Gesellschaft. Sie verfügen über wichtige Kompetenzen, die zur Lösung von Zukunftsaufgaben der Gesellschaft beitragen können. Viele Unternehmen engagieren sich im Gemeinwesen: indem sie Geld oder Sachmittel spenden, gemeinnützige Organisationen mit ihrem Know how unterstützen oder ihre Beschäftigten für ein gemeinnütziges Engagement freistellen. Das Engagement reicht von einer Unterstützung der örtlichen Vereinslandschaft bis zu Projekten zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Als erstes Land hat Nordrhein-Westfalen 2004 einen Wettbewerb für Wirtschaftsunternehmen ins Leben gerufen, die gesellschaftliche Verantwortung übernehmen und sich quasi als „gute Bürger“ (good corporate citizen) im Gemeinwesen engagieren. Mit dem ENTERPreis werden beispielgebende Unternehmensengagements anerkannt, ausgezeichnet, öffentlich gemacht und zur Nachahmung empfohlen. Im kommenden Jahr wollen wir den ENTERPreis zum dritten Mal starten.



Besonders kleine und mittlere Unternehmen, die meist in besonderer Weise mit ihren Standorten verbunden sind, möchten wir in ihrem Engagement unterstützen. Zumal sich dies meist nicht in professionellen Strukturen und Netzwerken vollzieht wie bei vielen Großunternehmen. Wir fördern daher eine Initiative ("KMU engagiert"), die die Entwicklung von Mittlerstrukturen und Netzwerken vorantreibt, die kleine und mittlere Unternehmen beraten und begleiten, sie mit gemeinnützigen und kommunalen Partnern zusammenbringen und damit die Entstehung gemeinsamer Engagementprojekte unterstützen. Gerade in Zeiten der Finanzkrise verdient das Engagement von Unternehmen besondere Unterstützung.

PERSPEKTIVEN

Das sind einige beispielhafte Handlungsfelder, selbstverständlich gibt es weitere. Was ist perspektivisch, in nächster Zukunft, zu tun? Drei Fragen scheinen mir vordringlich und von besonderer Bedeutung:

Föderale Abstimmung

Ganz sicher brauchen wir mehr Austausch und Abstimmung zwischen den föderalen Ebenen. Dies ist auch ein wesentlicher Tenor im Zwischenbericht des so genannten Nationalen Forums für Engagement und Partizipation. Aber ebenso wird es auch darum gehen, das Thema bürgerschaftliches Engagement auch innerhalb der Landesregierung noch stärker als bisher als Querschnittsthema zu verankern.

Vernetzung

Wir brauchen auch eine stärkere Vernetzung zwischen den Akteuren aus allen Sektoren auf Landesebene. Es gibt landesweit viele themen- und akteursgebundene Netzwerke, wünschenswert wäre aber auch ein Landesnetzwerk oder eine Landesstiftung als wichtiges Instrument für Austausch, Beratung und Qualifizierung auf Landesebene – andere Länder, wie Baden-Württemberg oder Thüringen haben damit gute Erfahrungen



gemacht. Auch die Zukunftskommission empfiehlt die Gründung eines Engagement-Netzwerks in Nordrhein-Westfalen.

Chancengerechtigkeit beim Engagement

Noch wichtiger scheint mir, dass wir langfristig mehr Menschen einen Zugang zum Engagement ermöglichen. Denn bürgerschaftliches Engagement ist bislang vor allem eine Angelegenheit von Menschen mit hohem Bildungsniveau, gutem Einkommen, stabilen Wertorientierungen und funktionierenden persönlichen Netzwerken.

Tatsächlich gilt aber: Alle Menschen haben Stärken und Kompetenzen, die sie in die Weiterentwicklung des Gemeinwesens einbringen können. Unabhängig von Herkunft, Beruf oder Status sollten sie daher die Chance haben, sich in selbst gewählten Kontexten zu engagieren. Wir müssen also bessere – und oft genug auch andere – Zugänge zum Engagement ermöglichen.

Gesellschaftlicher Wandel birgt nicht nur Risiken, sondern auch Chancen. Und gerade in Zeiten der Krise kommt es darauf an, Bürgerinnen und Bürger anzusprechen und zu aktivieren. Demografischer Wandel, älter werdende Gesellschaft: das heißt, vor allem, gewonnene Lebenszeit! Dieser Zeit Sinn zu geben wird eine Aufgabe des bürgerschaftlichen Engagements sein.



Armin Laschet



Armin Laschet war von 2005 bis 2010 Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen. Von 1994 bis 1998 war er Mitglied des Deutschen Bundestages und von 1999 bis 2005 Mitglied des Europäischen Parlaments.

Daneben ist Armin Laschet seit 1999 Lehrbeauftragter der RWTH Aachen. Seine politische Karriere startete er 1989, als er 28-jährig als jüngstes Mitglied in den Rat der Stadt Aachen gewählt wurde. Der studierte Rechts- und Staatswissenschaftler und ausgebildete Journalist hat als Chefredakteur und Verlagsleiter gearbeitet.

Seit 2008 ist er Mitglied des Zentralkomitees der deutschen Katholiken und des Bundesvorstands der CDU Deutschlands.

